

16.09.2020

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP „Das Land Nordrhein-Westfalen braucht eine zentrale ‚Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus‘“ (Drs. 17/10848)

Die Fraktionen der CDU, der SPD, die Fraktion der FDP und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen den Antrag der Fraktionen der CDU und der Fraktion der FDP „Das Land Nordrhein-Westfalen braucht eine zentrale ‚Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus‘“ (Drs. 17/10848) wie folgt zu ändern:

Der erste Spiegelstrich unter „Der Landtag beauftragt die Landesregierung,“ erhält folgende Fassung:

„eine vom Land finanzierte zentrale „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen“, die sowohl strafrechtlich relevantes wie auch unterhalb der Strafrechtsgrenze liegendes Verhalten erfasst, einzurichten.“

Begründung:

Ein Prüfauftrag zur Finanzierung einer Meldestelle für antisemitische Vorfälle allein greift zu kurz. Die Einrichtung einer Meldestelle wird fraktionsübergreifend befürwortet und die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen hat bereits Gespräche zur Gestaltung einer solchen Stelle geführt sowie eine Untersuchung zu Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen finanziert. Es stellt sich somit nicht die Frage nach der Finanzierung, sondern nach der Umsetzung der bereits angestellten Überlegungen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp

Christof Rasche
Henning Höne

Monika Düker
Arndt Klocke
Verena Schäffer

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion

Datum des Originals: /Ausgegeben: